

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

Programm Aktive Beschäftigungspolitik - Sachstand 2009

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 02. August 2010

Beratungsfolge:

| Gremium: | Sitzungstermin: | Behandlung: | Kenntnis genommen: | Handzeichen: |
|---|-----------------|-------------|---|--------------|
| Ausschuss für Integration und Chancengleichheit | 20.04.2010 | Ö | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | |
| Sozialausschuss, Ausschuss für Integration und Chancengleichheit | 13.07.2010 | Ö | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | |
| Haupt- und Finanzausschuss | 14.07.2010 | Ö | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | |
| Gemeinderat | 28.07.2010 | Ö | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | |

Inhalt der Information:

Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 20.04.2010

Ergebnis: Sitzung wurde abgesagt

Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 13.07.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 13.07.2010

2.1 ö Programm Aktive Beschäftigungspolitik - Sachstand 2009

Informationsvorlage 0054/2010/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadtrat Holschuh, Herr Gallfuß, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadtrat Breer, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Gund, Stadtrat Krczal

Herr Bürgermeister Erichson gibt folgende mündliche Stellungnahme zum „Programm Aktive Beschäftigungspolitik“ ab:

Die Entstehungsgeschichte des „Programms Aktive Beschäftigungspolitik“ zeigt, dass der Gemeinderat mit diesem Programm nicht in erster Linie das Ziel verfolgte, Mittel für Qualifizierungsprojekte für einzelne Langzeitarbeitslose bereitzustellen. Vielmehr sollte das Programm Anreize für private Firmen und soziale Beschäftigungsgesellschaften schaffen, Langzeitarbeitslose zu beschäftigen. Der Gemeinderat zielte darauf ab, Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen, indem er mit dem Programm Aktive Beschäftigung indirekt dazu beitrug, Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen.

Planungsphase und Ausführungsphase

Die Auftragsvergabe erfolgt durch das zuständige Fachamt im Rahmen der dort zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Primäres Ziel des Mitteleinsatzes ist es, dazu beizutragen, die dem Amt obliegenden Aufgaben zu erledigen.

Amt 19 teilt mit, dass auf eine konkrete Aufstellung von Projekten in den letzten Jahren verzichtet wurde, nachdem aufgrund von Änderungen der Prioritäten immer wieder Einzelmaßnahmen, die eigentlich im Rahmen des Programms vergeben werden sollten, zurückgestellt werden mussten. Es wird aber darauf geachtet, dass jährlich Aufträge mit einem Volumen von ca. 170.000 bis 200.000 Euro, möglichst ganzjährig verteilt, vergeben werden.

Nach den Angaben von Amt 67 werden die einzelnen Maßnahmen für das Amt für Schule und Bildung nicht gesondert geplant. Hier handelt es sich vielmehr um sogenannte von der Werkstatt eG an den Schulen durchgeführte „Bauhüttenprojekte“. Dabei fielen sowohl Planungs- als auch Baukosten an, die im Einzelnen nicht aufgliedert werden könnten. Das primäre Ziel sei die Durchführung des Projekts an sich (nicht die zu fördernden Personengruppen).

Amt 23 teilte mit, dass 2009 für die Durchführung des Winterdienstes (Schneeräumen) und für die Pflege städtischer Grundstücke (Grundstücksreinigung) Auftragsvergaben in Höhe von ca. 50.000 Euro geplant waren. Tatsächlich wären im Jahr 2009 47.000 Euro ausgegeben worden.

Nach den Angaben von Amt 70 dienen die verausgabten Mittel dazu, die Erfüllung der Aufgaben des Amtes sicherzustellen. Es handelt sich um Tätigkeiten, die zusätzlich zu den originären Aufgaben des Amtes 70 zu erledigen sind oder die mit dem vorhandenen Personal nicht ausgeführt werden können. In der Vergangenheit wurde darauf geachtet, die Höhe des Budgets konstant zu halten. Für Amt 70 stehen die auszuführenden Tätigkeiten im Vordergrund und nicht die Förderung von einzelnen Personen.

Der Mittelabruf in 2009 ist aus der Anlage 1 zur Informationsvorlage ersichtlich.

Evaluation

Eine Begleitforschung bzw. ein Controlling war von Seiten des Gemeinderats bei der Umsetzung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik bisher nicht vorgegeben.

Der Aufwand bei einzelnen arbeitslosen Menschen, die von dem Programm profitieren, zu prüfen, ob und wie die Maßnahme zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt beigetragen hat, erscheint der Stadt nicht sinnvoll. Der Aufwand steht in keinem sinnvollen Verhältnis zu dem erwarteten Erkenntnisgewinn.

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff hätte die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Erichson gern schriftlich, was dieser ihr zusagt.

In der Aussprache wird bedauert, dass die Mittel des Fonds nur an soziale Beschäftigungsträger geflossen sind. Es wird angeregt, Ausschreibungen von größeren Aufträgen mit sozialen Auflagen zu versehen.

Herr Bürgermeister Erichson weist darauf hin, dass dies eine Gratwanderung sei, da bei Ausschreibungen darauf geachtet werden muss, dass nicht bestimmte Firmen von vornherein ausgegrenzt werden.

Stadtrat Breer schlägt vor, Handwerksfirmen und gemeinnützige Beschäftigungsträger – wie beim Azubi-Fonds – zu vernetzen, um so die Einsatzmöglichkeiten langzeitarbeitsloser Menschen zu erhöhen. Dies würde für kleinere Firmen weniger Bürokratie bedeuten. Dafür wäre eine Koordination bzw. Unterstützung durch die Stadtverwaltung nötig.

Herr Gallfuß unterstützt diese Idee.

In der Aussprache wird mehrfach auch der Wunsch nach einer Evaluation des Fonds geäußert – evtl. in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg.

Herr Bürgermeister Erichson stellt klar, dass die Verwaltung dies aufgrund begrenzter Personalkapazität nicht leisten könne. Entscheidendes Evaluationskriterium sei für ihn die Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen im Bereich Jugendlicher und Langzeitarbeitsloser.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.07.2010

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 28.07.2010

Ergebnis: Kenntnis genommen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

| Nummer/n: (Codierung) | + / - berührt: | Ziel/e: |
|--------------------------|-------------------|---|
| AB 14 | + | Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben Begründung: Die Umsetzung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik soll die Chancen am Arbeitsmarkt benachteiligter Menschen auf einen Arbeitsplatz erhöhen. |

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Bereits im Jahr 1995 hatte der Gemeinderat ein Programm zur aktiven Beschäftigungspolitik zugunsten Langzeitarbeitsloser in Heidelberg verabschiedet (damals „Fonds Aktive Beschäftigungspolitik“ genannt). Mit Grundsatzbeschluss vom 15.12.2005 erneuerte der Gemeinderat seinen Beschluss, dass Betriebe, bei denen Langzeitarbeitslose beschäftigt werden, Aufträge von der Stadt erhalten können, wobei das geltende Vergaberecht bei der Auftragsvergabe zu beachten ist.

Mit Beschluss vom 07.12.2006 befürwortete der Gemeinderat, im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigung auch öffentliche Ausschreibungen unter Berücksichtigung sozialer Aspekte durchzuführen.

Das jährliche Volumen an Auftragsvergaben innerhalb des Programms beläuft sich auf 2,2 Millionen Euro und kommt aus vorhandenen Haushaltsmitteln.

Die Ende 2009 erfolgte Abfrage bei den Fachämtern ergab folgenden Sachstand:

Insgesamt wurden Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 2.169.896,46 Euro vergeben. Somit wurden die Vorgaben des Programms voll erreicht. Neun Ämter beteiligten sich an der Umsetzung.

gezeichnet
Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

| Nummer: | Bezeichnung |
|---------|---|
| A 01 | Aufstellung der Auftragsvergaben |
| A 02 | Inhaltlicher Antrag der B'90/Grüne vom 19.04.2010 |